

Zahlengericht statt Zahlensalat

Mit der Ecopop-Initiative die Zuwanderung eindämmen. Von Dieter Steiner und Benno Büeler

Ecopop ist in der NZZ (1. 10. 14) «Zahlensalat» vorgeworfen worden. Es stellt sich uns aber die Frage, wer denn nun diesen Salat angerichtet hat. Angeblich verlange Ecopop eine Beschränkung des Bevölkerungswachstums auf 0,2 Prozent. Das stimmt nicht, diese Grenze gilt nur für das Wachstum infolge Zuwanderung. Auch die Behauptungen zum Wanderungssaldo von 1960 und 1990 waren im erwähnten «Salatartikel» falsch.

Wer neu kommt, braucht Platz

Doch wenden wir uns der zentralen Frage zu: Gegenwärtig wächst die Bevölkerung der Schweiz jährlich um rund 95 000 Personen (über 80 Prozent davon infolge Zuwanderung), während die Siedlungsfläche um etwa 2500 Hektaren zunimmt und gleichzeitig das Kulturland um 3500 Hektaren schrumpft. Es sei nicht sicher, dass zwischen diesen beiden Entwicklungen ein enger kausaler Zusammenhang bestehe, heisst es im erwähnten NZZ-Artikel, denn auf kantonaler Ebene zeigten sich ganz unterschiedliche Situationen. Ja klar, je nach regionalen Verhältnissen ist die Beziehung zwischen Bevölkerungs- und Siedlungsflächenwachstum verschieden stark. Die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums greifen aber natürlich über die Kantonsgrenzen hinweg. Ein Basler nutzt auch die Autobahn im Kanton Uri, ein Zuger pendelt nach Zürich zur Arbeit, und beide haben in den Alpen ein Ferienhaus. Eine regionale Differenzierung ergibt da wenig Sinn, letztlich zählt die nationale Siedlungsfläche. Ein Herunterbrechen der Daten auf die Kantone dient bloss der Vernebelung des Problems.

Ist unser Vergleich der prozentualen Wachstumswahlen der Bevölkerung und der Siedlungsfläche unstatthaft? Nein, denn wir müssen nicht von der Nullhypothese ausgehen, dass sich Neuankömmlinge in Luft auflösen, sondern wir wissen zum Vornherein, dass sie Platz brauchen. Wenn wir aus dem Vergleich der beiden Veränderungen für die Periode 1994–2006 zum Schluss kommen, dass die Bevölkerungszunahme zu 76 Prozent für die Vergrösserung des Siedlungsareals verantwortlich ist, so bedeutet dies: Wäre der für 1994 gültige Pro-Kopf-Anspruch über die nächsten 12 Jahre unverändert geblieben, dann hätte alleine die Bevölkerungszunahme zu einem Wachstum der Siedlungsfläche von 76 Prozent der tatsächlich beobachteten Veränderung geführt – diese belief sich übrigens auf 260 Quadratkilometer, also mehr als die Fläche des Kantons Zug, und dies in bloss 12 Jahren.

Es ist richtig, dass in den 1960er und 1970er Jahren die Siedlungsfläche zum grossen Teil infolge des wachsenden Pro-Kopf-Anspruchs zunahm; das Bevölkerungswachstum war nur zu 20 Prozent beteiligt. Heute hat sich das Verhältnis aber umgekehrt. Damals wirkten noch Trends wie Einfamilienhaussiedlungen im Grünen, sozialer Wandel mit mehr Single-Haushalten sowie Ausbau des überörtlichen Strassennetzes, der zeitweise für über die Hälfte des Wachstums der Siedlungsfläche verantwortlich war. Seit den 1980er Jahren hat sich diese Entwicklung jedoch, wie die seitherige Arealstatistik zeigt, einer Sättigungsschwelle angenähert, weshalb die Veränderung der Flächennutzung je länger, je mehr vom Bevölkerungswachstum dominiert wird.

Einladung zum Raubbau

Auf nationaler Ebene wird offiziell mit empirischen Pro-Kopf-Daten operiert. So hat der Bundesrat bekanntgegeben, dass er Massnahmen fördere, die den Pro-Kopf-Verbrauch an Siedlungsfläche bei 400 Quadratmetern stabilisieren würden. Damit strebt der Bund also eine lineare Beziehung zwischen Bevölkerungswachstum und Siedlungsflächenzunahme an, was dem NZZ-Artikel genau widerspricht. Beim gegenwärtigen Trend haben wir übrigens in 10 Jahren eine Million mehr Einwohner, was nach den bundesrätlichen Zielen das Siedlungsareal um 400 Quadratkilometer ausdehnen würde, entsprechend der Fläche der beiden Appenzell.

Eine «haushälterische Nutzung» des Bodens strebt auch die Raumplanung an. Das als Antwort auf die Landschaftsinitiative revidierte Raumplanungsgesetz schreibt eine Beschränkung der Bauzonen auf den Bedarf für die nächsten 15 Jahre vor. Beim gegenwärtigen Trend haben wir aber in 15 Jahren rund 1,5 Millionen mehr Einwohner, und diese haben gerade etwa Platz in den jetzt vorhandenen Reserven. Was dann? Die Bauzonen werden für die nächsten 15 Jahre erweitert usw. Schon vor 30 Jahren kursierte das Bonmot, die Raumplanung verhindere die Landschaftszerstörung nicht, sondern lenke sie nur in «geordnete Bahnen». Die Verordnung hat nun dem Gesetz den letzten Zahn gezogen, indem ausgerechnet dann viel eingezont werden darf, wenn die Bevölkerung schnell wächst. Das ist eine offene Einladung zum Raubbau. Hier wird in grösster Weise gegen die in der Bundesverfassung geforderte Nachhaltigkeit verstossen.

In längerfristiger Perspektive erscheint das als heller Wahnsinn. Helfen wird letztlich nur eine quantitative Beschränkung des Siedlungsareals. Bis wir so weit sind, kann eine Annahme der Ecopop-Initiative wenigstens als Bremse beim heute wichtigsten Treiber wirken.

.....
Dieter Steiner ist em. Professor für Quantitative Geografie und Humanökologie, Benno Büeler ist Mathematiker und Agronom, beide sind im Ecopop-Initiativkomitee.